

ist der EEF praktisch ausschließlich auf die AASM ausgerichtet. Davon profitiert vor allem Frankreich. So gingen bis Ende 1971 42,9% der Aufträge aus Mitteln des EEF an französische Firmen. Bei den Bauaufträgen beträgt der französische Anteil gar 72,5% (vgl. NZZ, 30. 4. 72).

Die Entwicklungshilfe der drei großen Geberländer

Die Entwicklungshilfe Großbritanniens, der Bundesrepublik und Frankreichs *korrigieren* bis zu einem gewissen Grad die einseitige Ausrichtung der gemeinschaftlichen Hilfe. Aus historischen Gründen, aber auch bedingt durch ökonomische und außenpolitische Interessen, fließen 80 bis 90% der britischen bilateralen öffentlichen Hilfe an abhängige oder ehemals abhängige Territorien. Der EWG-Beitritt wird keinen direkten Einfluß auf die bilaterale britische Hilfe haben. Hingegen wird der EEF für die multilaterale Hilfe einen neuen Schwerpunkt bilden. Der Anteil der multilateralen Hilfe liegt bei etwa 15% und dürfte noch für einige Zeit in dieser Größenordnung blei-

ben. Die deutsche Entwicklungshilfe hat glücklicherweise keine eindeutigen regionalen Bevorzugungen. Der Anteil der multilateralen Hilfe ist in den letzten Jahren ständig gewachsen und betrug 1971 bereits etwa 28%. Davon profitierte natürlich in erster Linie der EEF.

Von den französischen Gesamtleistungen (Privatinvestitionen und öffentliche Hilfe) gehen rund 60% — von den öffentlichen Leistungen gar 80—90% — in die Franc-Zone, mit besonderer Konzentration auf die ehemaligen Kolonialgebiete in West- und Nordafrika. Die multilaterale Hilfe kommt fast ausschließlich dem EEF zugute. (Entwicklung und Zusammenarbeit, E + Z, 10/72, 3f.) So bleibt vorerst nur die Hoffnung auf eine weltweite Handels- und Entwicklungspolitik der EWG im Sinne einer echten Partnerschaft mit der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft sollte ja gerade versuchen, gewisse historisch bedingte Einseitigkeiten einiger Mitgliedsländer zu korrigieren. Bis jetzt hat sie genau das Gegenteil getan: sie hat die einseitige Bevorzugung Afrikas durch Frankreich noch massiv unterstützt.

Peter Keppeler

Diskussion und Kontroverse

Zur Bevölkerungssituation in der BRD

Über die in den letzten Jahren erkennbar gewordenen Trends in der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik zirkulieren zur Zeit allerhand Schlagworte. Die einen begrüßen den Geburtenrückgang als ein Stück sozialer „Selbstbefreiung“ und fordern seine Forcierung nicht nur etwa in den überbevölkerten Regionen der Entwicklungsländer, sondern auch in den Industriestaaten — nicht selten mit der Forderung nach einer „besseren Lebensqualität“. Andere sehen in dem Geburtenrückgang einen „alarmierenden Trend“ oder sprechen gar vom „Aussterben auf Raten“. Angesichts dieser Situation erscheint vor allem zweierlei wichtig: 1. eine genaue Kenntnis der statistischen Grunddaten mit ihren Ursachen im Felde des sozialen Wandels der Zeit und der unmittelbaren gesellschaftlichen (wirtschaftlichen) und gesellschaftspolitischen Auswirkungen. Darüber berichtet Hermann Schubnell, Abteilungsleiter beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden, aus der Sicht des Statistikers und Sozialökonom. 2. die Frage, welche sittlichen Einflüsse und Wirkungen, möglicherweise als Mangelerscheinungen, mit

im Spiel sind. Aus der Blickrichtung des Sozialethikers stellt deshalb Josef Rief, Professor für christliche Gesellschaftslehre an der Universität Regensburg, einige Anfragen, die sich vor allem mit den Folgen des Geburtenrückgangs für die veränderte gesellschaftliche Situation der Familie beziehen

Hermann Schubnell

Der Geburtenrückgang als statistisches und gesellschaftspolitisches Problem

Schubnell befaßt sich vor allem mit den Ursachen und den Auswirkungen des seit 1964 deutlich, ja fast abrupt erkennbaren Geburtenrückgangs. Als Statistiker stellt er klar, daß sich keine Erklärungstheorie aufrechterhalten läßt, die nur von einer Ursache ausgeht. Er kommt zu

dem Schluß, daß auch der vermehrte Gebrauch von Mitteln hormonaler Geburtenregelung („Pillenknick“) nur eine Ursache unter mehreren ist und daß das generative Verhalten von zahlreichen wirtschaftlichen und sozialen Umweltfaktoren abhängt. Hinsichtlich der Auswirkungen trägt er einige beachtenswerte statistische Elemente vor, die zeigen, daß zumindest die ökonomische Seite des Problems meist überschätzt wird.

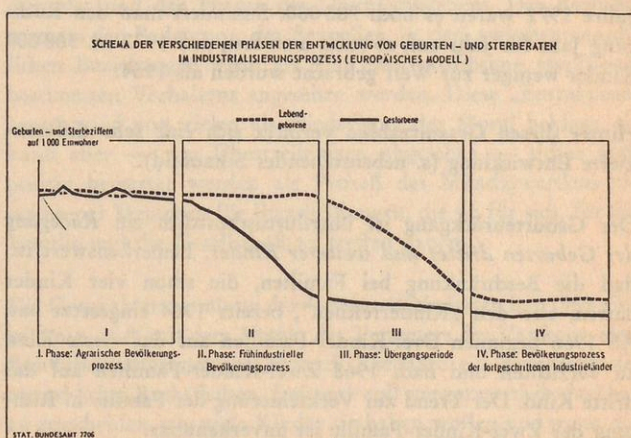
Die Entwicklung einer Bevölkerung und die Veränderungen ihrer Struktur gehören zu den Grundtatbeständen von Staat und Gesellschaft. Vielleicht ist es diese Selbstverständlichkeit, die dazu verführt, die Bevölkerung als ein festes Datum im Kranz gesellschaftlicher Daten anzusehen, mit dem man sich nur gelegentlich zu befassen habe. Gestützt wird eine solche Vorstellung durch die gängige Meinung, Veränderungen in der Größe der Bevölkerung und in ihrer Zusammensetzung nach Geschlecht, Alter und anderen Merkmalen würden sich nur allmählich vollziehen, die Verhältnisse blieben über lange Zeitabschnitte relativ konstant. Diese Vorstellung ist falsch, und sie ist gefährlich. Sie ist falsch, weil sich innerhalb der Bevölkerung, ausgelöst durch Änderungen der Lebenssituation der Menschen und dadurch bedingten Änderungen auch ihres Verhaltens, ständig Verschiebungen vollziehen. Das geschieht gewissermaßen lautlos. Ein Teil der Veränderungen wird zwar amtlich registriert, z. B. Geburten, Sterbefälle, Wechsel des Wohnsitzes. Solche Verwaltungsakte, in vielen Dienststellen vollzogen, ergeben aber noch keine Vorstellung vom Umfang und der Art der Veränderungen. Wer sich ein Bild von den demographischen Vorgängen machen will, ist auf die Statistik angewiesen. Mit Statistiken zu arbeiten ist aber nicht jedermanns Sache. Nicht zuletzt rühren daher Unkenntnis und falsche Beurteilung der Fakten. Die Vorstellung von der Bevölkerung als Datum großer Konstanz ist aber auch gefährlich. Was im Bevölkerungsbereich geschieht, wirkt in die Zukunft. Der Politiker, der sich nicht nur für die Lösung von Gegenwartsfragen verantwortlich fühlt, muß den Trend der Bevölkerungsentwicklung zur Kenntnis nehmen. Er liefe sonst Gefahr, schon in der allernächsten Zukunft an den Fakten vorbeizuplanen.

Der Zusammenhang zwischen der Entwicklung einer Bevölkerung und dem Schicksal der einzelnen Person oder der Familie ist den eigentlichen Akteuren vielfach nicht bewußt. Der Mensch betrachtet sich meist als das Produkt des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses. In Wirklichkeit ist er durch sein Dasein und durch sein Verhalten die den Prozeß mitbewirkende Kraft. Das persönliche Verhalten, das Geschehen im intimsten Bereich des Zusammenlebens der Menschen, bestimmt die Entwicklung einer Bevölkerung, ihr Gefüge und damit auch Bevölkerungsgeschichte. Die Vorstellungen der Menschen vor ein oder zwei Generationen über die Zahl ihrer Kinder, die Entscheidung, welche die Ehepaare damals getroffen haben, ob, wann und wieviel Kinder sie haben wollten, welche Ausbildung sie ihnen geben wollten, diese Entscheidung bestimmt quantitativ und qualitativ die Bevölkerung der Gegenwart. Entsprechend werden die heute in den Ehen getroffenen Entscheidungen das Bild der Gesellschaft der nächsten Generation prägen. So sind zu jedem Zeitpunkt die Familie, der einzelne mitbestimmend, damit aber auch mitverantwortlich für eine Entwicklung, die über Generationen verläuft.

Voreilige Schlüsse

Die Vorstellung vom „normalen“, über lange Zeit konstanten Ablauf der Bevölkerungsentwicklung ist durchbrochen worden mit dem Bekanntwerden des Geburtenrückgangs. Er hat die Bürger aufgeschreckt, Schlagzeilen gemacht und das Interesse an demographischen Ereignissen geweckt. Es gibt kaum ein Gebiet des Gesellschaftslebens, in dem man zur Erklärung der Phänomene und Prozesse so rasch zur Hand ist mit ideologischen Erklärungen wie gerade beim Geburtenrückgang. Noch ehe der Statistik hinreichendes Zahlenmaterial zur Verfügung stand und Untersuchungen darüber vorlagen, wie der Rückgang der Geburten zeitlich, regional oder nach sozialen Schichten verläuft, wurden ideologisch unterbaute Erklärungen über die Ursachen abgegeben und zweckorientierte Prophezeiungen verkündet wie die, daß der „alarmierende“ Geburtenrückgang den sozialen Wohlstand in Frage stelle, der Wohlstand bei den deutschen Ehepaaren eine Kinderfeindlichkeit hervorgerufen habe, die Pille den „Rentenberg“ verursache und die Bundesrepublik künftig vom Geburtenüberschuß des Balkans leben müsse. Alle diese Aussagen wie auch die, der Bestand der Deutschen sei gefährdet und die Nation drohe auszusterben, halten einer sachlichen Nachprüfung nicht stand. Schwierige Zusammenhänge werden primitiv vereinfachend zu erklären gesucht, damit aber wird die Diskussion auf Negativformeln festgelegt. Seit der Geburtenrückgang gegen Ende des 19. Jahrhunderts statistisch nachzuweisen war, gab es Propheten und Mahner, die den Untergang der Nation, des Abendlandes, des Christentums oder der Menschheit vorhersagten, die den Niedergang von Sitte und Moral beklagten und zur „Besinnung“ aufriefen oder den staatlichen Eingriff forderten, alles mit der Zielsetzung einer Steigerung der Geburtenzahl und einer Zunahme des Bevölkerungswachstums.

Der in der Bundesrepublik Deutschland seit 1964 zu beobachtende Geburtenrückgang ist zeitlich Teil einer längerfristigen Entwicklung, räumlich Teil eines sich mit gewissen Phasenverschiebungen in fast allen europäischen Ländern abspielenden Vorgangs. Der langfristige Trend, der durch den internationalen Vergleich ermittelter und geschätzter Werte statistisch festgestellt wurde, ist die Grundlage der „Theorie des demographischen Übergangs“. Sie läßt sich an einem einfachen Kurvenbild verdeutlichen:



Hohe Kinderzahlen, aber auch eine hohe Sterblichkeit kennzeichnen den Bevölkerungsprozeß in einer agrarischen Gesellschaft. Mit den medizinisch-hygienischen Errungenschaften und der Industrialisierung mit steigendem Lebensstandard sinkt die Sterblichkeit, während die Geburtenzahl noch hoch bleibt und, dank der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, mehr Kinder überleben und das Alter erreichen, in dem sie selbst eine Familie gründen können. Mit fortschreitender Industrialisierung, und das heißt einer immer stärkeren Veränderung der Lebensweise, sinkt in allen Industrieländern dann aber auch die Kinderzahl. Die Familien passen sich mit dem Geburtenrückgang, der in Deutschland in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts einsetzte, den neuen Lebensverhältnissen an. Typisch für die Bevölkerungsweise fortgeschrittener Industrieländer ist die niedrige Sterblichkeit und die Kleinhaltung der Zahl der Kinder. Das Schema zeigt in der zweiten Phase das progressive Bevölkerungswachstum, in der dritten das abnehmende, in der vierten eine auf niedrigem Niveau sich einpendelnde Entwicklung, die in allen europäischen Ländern festzustellen ist, unabhängig von der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Diese Entwicklung weist in der Sowjetunion, in Ungarn und Rumänien — mit gewissen Phasenverschiebungen — langfristig den gleichen Trend auf wie in Deutschland, Schweden, Italien oder Frankreich. Inwieweit paßt nun der seit 1965 zu beobachtende Geburtenrückgang in dieses Schema?

Einige Fakten

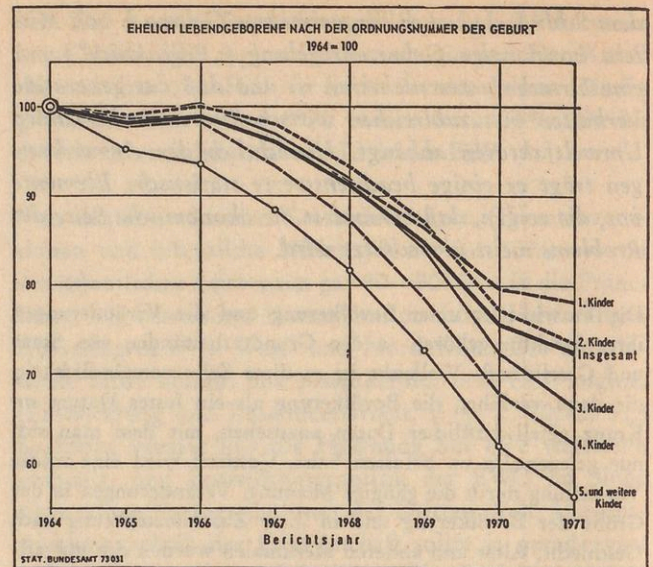
Wenige Zahlen verdeutlichen die Entwicklung, die nach 1964 in der Bundesrepublik eingetreten ist.

Jahr	Lebendgeborene 1964 bis 1972		
	Anzahl	Meßziffern 1964 = 100	Absolute Veränderung gegenüber d. Vorjahr
1964	1 065 437	100	—
1965	1 044 328	98,0	— 21 109
1966	1 050 345	98,6	+ 6 017
1967	1 019 459	95,7	— 30 886
1968	969 825	91,0	— 49 634
1969	903 456	84,8	— 66 369
1970	810 808	76,1	— 92 648
1971	778 526	73,1	— 32 282
1972	697 830	65,5	— 80 696

Im Jahre 1964 wurden 1,07 Mill. Kinder lebend geboren, im Jahre 1972 waren es noch 700 000. Summiert man den Rückgang Jahr für Jahr auf, so stellt man fest, daß 1972 rd. 368 000 Kinder weniger zur Welt gebracht wurden als 1964.

Hinter diesen Gesamtzahlen verbirgt sich eine sehr differenzierte Entwicklung (s. nebenstehendes Schaubild).

Der Geburtenrückgang ist überdurchschnittlich ein *Rückgang der Geburten dritter und weiterer Kinder*. Bemerkenswert ist, daß die Beschränkung bei Familien, die schon vier Kinder hatten, also den „Kinderreichen“, bereits 1964 eingesetzt hat. Ab 1966 beginnen Drei-Kinder-Familien auf das vierte Kind zu verzichten und nach 1968 Zwei-Kinder-Familien auf das dritte Kind. Der Trend zur Verkleinerung der Familie in Richtung der Zwei-Kinder-Familie ist unverkennbar.



Im gleichen Zeitraum wurde die Familienbildung verzögert, das heißt, die Geburt des ersten Kindes erfolgte 1971, wenn auch geringfügig, nach etwas längerer Dauer der Ehe als 1964, beim zweiten und dritten Kind lassen sich die Eheleute schon merklich mehr Zeit, beim dritten Kind 1971 ein Jahr länger als 1964, beim vierten etwas mehr als ein Jahr; fünfte, sechste und weitere Kinder werden 1971 nach einer um etwa eineinhalb Jahre längeren Ehedauer als 1964 zur Welt gebracht. Der Zeitpunkt der Geburt eines Kindes wird weitgehend geplant.

Der differenziert verlaufenden Entwicklung des Geburtenrückgangs zweiter, dritter, vierter oder weiterer Kinder entspricht die differenzierte Entwicklung der Fruchtbarkeit nach dem Alter der Mütter. In allen Altersgruppen verheirateter Mütter ist die Fruchtbarkeit im letzten Jahrzehnt zurückgegangen, am stärksten jedoch bei den 40- bis 44jährigen Frauen mit mehr als zwei Fünfteln, bei den 25- bis 29jährigen mit etwa einem Drittel. In der jüngsten Gruppe von Müttern, den 16- bis 19jährigen, ist die Fruchtbarkeit, auf das ganze Jahrzehnt bezogen, sogar etwas angestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den ehelich erstgeborenen Kindern der Anteil derjenigen, die vor der Eheschließung empfangen wurden, damit aber sicher nur zu einem kleinen Teil „gewollt“ waren, von 33,5% im Jahre 1963 auf 39,4% im Jahre 1969 gestiegen ist. Da die ehelich erstgeborenen Kinder überwiegend von jüngeren und jüngsten Müttern geboren werden, läßt sich aus der Tatsache, daß zwei Fünftel dieser Kinder vorehelich empfangen wurden, schließen, daß in den jungen Altersgruppen die „Absicherung“ durch die Pille nicht sehr verbreitet, spontanes Handeln dagegen noch häufiger ist.

Die Ursachen des Geburtenrückgangs

Für die Erklärung der Bevölkerungsentwicklung und vor allem des Geburtenrückgangs hat jedermann seine, wie er glaubt, beweisbare *Ursache* parat. Im Laufe der bald hundertjährigen Diskussion sind eine Reihe von Theorien entwickelt worden, die Wohlstandstheorie und die Notstandstheorie, die Verstädterungstheorie und die Präventivmitteltheorie, die Emanzipations-

theorie und die Entkirchlichungstheorie. Keine dieser Theorien aber ist in der Lage, den Geburtenrückgang wirklich zu erklären. Es gibt für diesen historischen Prozeß keine Hauptursache, keine *causa causans*. Die Bevölkerungsentwicklung ist auch nicht, wie man im 19. Jahrhundert und noch zu Beginn des 20. meinte beweisen zu können, naturgesetzlich bestimmt. Karl Marx hat bereits darauf hingewiesen, daß es für den Menschen keine allgemeingültigen Populationsgesetze gäbe, sondern nur historisch bedingte. Diese Erkenntnisse waren hundert Jahre später die Basis der Theorie des demographischen Übergangs, die die Bevölkerungsentwicklung als das Ergebnis komplexer Vorgänge gesellschaftlicher, vor allem sozio-ökonomischer und kultureller Art sieht, die interdependent sind. Man sollte daher statt von Ursachen oder gar *der* Ursache von einem dichten und komplizierten Geflecht von Einflüssen und Bedingungen sprechen, die je nach der historischen Situation, nach der Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur mit unterschiedlichem Gewicht wirksam sind. Die Entscheidungen, die im Mikrobereich der Familie und des Individuums getroffen werden, sind beeinflusst von den Daten des Makrobereichs, der Gesellschaft, der sozialen, politischen und ökonomischen Situation. Der starke Geburtenrückgang in der Zeit der Weltwirtschaftskrise 1928 bis 1931 z. B. ist ohne die Anwendung moderner Kontrazeptiva, der Pille, und ohne Kenntnis der Rhythmus-Methode bewirkt worden. Entscheidend ist in erster Linie der Wille zur Kleinhaltung der Familie und nicht die zur Verfügung stehenden Mittel. Daher vermag auch die Präventivmitteltheorie den Geburtenrückgang nicht zu erklären.

Einflüsse, die in früherer Zeit von größerem Gewicht waren, haben ihre Bedeutung verloren. So zeigen sich in der Bundesrepublik, aber auch in anderen europäischen Ländern, keine wesentlichen Unterschiede mehr in der Kinderzahl bei katholischen oder evangelischen Ehen. Auch die regionalen Unterschiede zwischen Land und Stadt sind geringer geworden. Gebiete, in denen zu einem bestimmten Zeitpunkt die Zahl der Geburten noch sehr hoch war, wie z. B. vor einigen Jahren im Saarland, zeigen einen akzelerierten Trend, das heißt, sie vollziehen die allgemeine Entwicklung beschleunigt nach.

Der *Erwerbstätigkeit der Frau* wird in der internationalen Diskussion, die u. a. bei der Zweiten Europäischen Bevölkerungskonferenz des Europarats in Straßburg 1971 geführt wurde, ein großes Gewicht als Einflußfaktor beigemessen. Die Demographen waren jedoch so ehrlich, zuzugeben, daß es sich auch hier weniger um eindeutig beweisbare Zusammenhänge als um Spekulationen handelt. Von Einfluß auf die Entscheidung der Ehepartner, keine Kinder oder nur eine bestimmte Anzahl haben zu wollen, sind zweifellos auch die Wohnverhältnisse. Aber auch hier gibt es keinen einfachen Kausalzusammenhang, die Wohnung ist nur *ein Faktor* unter vielen, die sich auf die Entscheidung über die Zahl der Kinder auswirken können. Der Nachweis, daß in neuerer Zeit nicht mehr die Ärmsten die kinderreichsten sind, wurde Anfang der sechziger Jahre für die Bundesrepublik erbracht. Es wurde festgestellt, daß nicht die Familien mit den niedrigsten, sondern die Familien mit den höchsten Einkommen am größten sind. Das trifft für alle nichtbäuerlichen Schichten zu, für die Selbstständigen, die Beamten, Angestellten und Arbeiter. Unter städtischen Lebensverhältnissen scheint das Einkommen den größten Einfluß auf die Kinderzahl zu haben¹. Den Forschungsberichten der Straßburger Konferenz 1971 war zu entnehmen, daß in

den meisten europäischen Ländern, auch den hochindustrialisierten, der Zusammenhang zwischen Einkommen, Ausbildung und Fruchtbarkeit den einer U-förmigen Kurve hat: Hohe Fruchtbarkeit bei den zurückgebliebenen Sozialschichten der Landarbeiter, einem Teil der kleinen Landwirte sowie bei den ungelerten Arbeitern, niedrigste Fruchtbarkeit bei mittleren Einkommen und in den mittleren Sozialschichten der kleinen Kaufleute, kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Angestellten, hohe Fruchtbarkeit — der zweite Gipfel der U-Kurve — in höheren Einkommensgruppen und der Sozialschicht des führenden Managements. — Diese sehr allgemeinen Aussagen bedürften der Differenzierung unter dem Aspekt des Zusammenhangs der Kinderzahl mit dem verfügbaren Familieneinkommen, damit aber über die Chancen der Kinder in Familien unterschiedlicher Größe und Sozialschicht.

In diesem Geflecht interdependenter Einflußfaktoren sind die *immateriellen* Einflüsse vermutlich von nicht geringerer Bedeutung. Hierzu gehört das Bewußtwerden der Möglichkeit eines differenzierten Verhaltens hinsichtlich der Zahl der Kinder und die Kenntnis der Mittel, Zahl und Zeitpunkt der Geburt eines Kindes zu steuern. Die öffentliche Diskussion der Fragen der *Empfängnisverhütung* und der Sexualmoral hat mittels der Massenmedien alle Bevölkerungsschichten erreicht.

In der katholischen Kirche erhielt die Auseinandersetzung einen ersten Anstoß durch die päpstliche Enzyklika „*Casti connubii*“ (1930). Die Diskussion darüber ist in Deutschland überdeckt worden durch die Ereignisse nach 1933. Erst die Enzyklika „*Humanae vitae*“ (1968) hat die Verantwortlichkeit der Eheleute auch bei der nichtkatholischen Bevölkerung bewußt gemacht und zur Stellungnahme im individuellen Bereich herausgefordert. Die durch die Enzyklika und die dadurch veranlaßten Hirtenbriefe in den Kirchen, am Stammtisch und in den Familien auch des kleinsten Dorfes ausgelösten Diskussionen haben das verschämte Schweigen um Fragen des Geschlechtslebens durchbrochen. Wobei zu bemerken ist, daß die Enzyklika „*Humanae vitae*“ sich nicht generell gegen eine Geburtenregelung ausspricht, wohl aber die meisten üblichen und darunter die wirksamsten Methoden ablehnt, damit aber diejenigen gläubigen Katholiken, die diese Methoden praktizierten, in Gewissensnot brachte.

Mit der nach dem Zweiten Weltkrieg eingetretenen Liberalisierung des Denkens und der Wahrnehmung und Ausnutzung der im Grundgesetz verankerten Meinungsfreiheit vollzog sich auch eine „*Enttabuisierung*“ des Verhältnisses der Geschlechter zueinander und der Fragen des Geschlechtslebens. Das Bewußtmachen der Bedeutung des Sexuellen in den zwischenmenschlichen Beziehungen kann als Teil einer Auflösung traditionsbestimmten Verhaltens angesehen werden. Diese „*Enttabuisierung*“ wird von vielen als Niedergang der Moral beklagt, sie kann aber — von Übertreibungen abgesehen — sicher auch positiv bewertet werden als Prozeß des Mündigwerdens erwachsener Menschen für Entscheidungen, die sie für sich, für die Familie und die Gesellschaft zu treffen haben.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat 1969 einstimmig, auch mit dem Votum des Vertreters des Vatikans, eine Resolution angenommen, wonach Ehepaare ein *grundlegendes* menschliches Recht haben, frei und voll verantwortlich darüber zu entscheiden, wie viele Kinder sie haben wollen und wann die

Kinder geboren werden sollen. Um diese Entscheidung verwirklichen zu können, hätten, so wurde argumentiert, die Ehepaare auch ein Recht auf entsprechende Unterweisung. Weder die Pille noch die Diskussion um die Fragen der Familienplanung sind demnach die Ursache des Geburtenrückgangs, wohl aber eine unter vielen Bedingungen.

Auswirkungen des Geburtenrückgangs

Sind schon Aussagen über die „Ursachen“ des Geburtenrückgangs schwierig — es fehlt in Deutschland auf diesem Gebiet an Motivationsuntersuchungen —, so bewegt man sich in der Frage der *Auswirkungen*, zumal auf lange Sicht, weitgehend im Bereich von Spekulationen. Fest steht, daß Veränderungen der Geburtenzahl sich infolge ihres Einflusses auf die *Altersstruktur* über einen sehr langen Zeitraum auswirken. Unmittelbar, weil die betroffenen Jahrgänge im Kontinuum des Durchlaufens der Jahre ihrer Lebensdauer zu jedem Zeitpunkt das Profil des Altersaufbaus der Bevölkerung bestimmen, mittelbar, weil Bevölkerungswellen, hervorgerufen durch ein plötzliches Ansteigen oder Absinken der Geburtenzahl sich — wenn auch abgeschwächt — dann wiederholen, wenn die davon betroffenen Jahrgänge in das Alter der Heiratsfähigkeit eintreten und sich selbst wieder reproduzieren. Dieser „natürliche“ Ablauf wird durch Wanderungen beeinflusst, verstärkt oder abgeschwächt. Kurzfristige Auswirkungen sind relativ leicht abzuschätzen. Wenn, wie wir festgestellt haben, 1972 81 000 Kinder weniger geboren worden sind als 1971, so läßt sich die Zahl der im Jahre 1978 einzuschulenden Erstkläßler, damit aber auch die Zahl der benötigten Klassenräume und Lehrer recht genau berechnen. (Ob die Kultusminister dann bei gleichem finanziellem Aufwand die vielbeklagte große Klassenstärke vermindern mit dem Ziel eines effizienteren Unterrichts oder den Geburtenrückgang verwenden, um Geld einzusparen, ist eine nicht unwichtige bildungspolitische Entscheidung.)

Je kurzfristiger Schätzungen der künftigen Entwicklung durchgeführt werden, desto genauer werden ihre Ergebnisse sein. Bei Vorausschätzungen, die über ein Jahrzehnt hinausgehen, kommt es entscheidend auf die Annahmen an, die man über die künftige Entwicklung der Geburtenzahl und der Sterblichkeit macht. Schließlich ist zu unterscheiden zwischen Auswirkungen im *Mikrobereich der Familie*, der Veränderung ihrer Struktur und ihrer Aufgaben und dem *Makrobereich der Gesellschaft*. Hier kommen zahlreiche andere Variable als nur die demographischen ins Spiel, die wiederum das Verhalten der Ehepaare und damit die Entscheidung über die Zahl der Kinder beeinflussen können. Andererseits ist es für jede Planungsmaßnahme unerläßlich, sich eine Vorstellung über die mögliche künftige Entwicklung zu verschaffen. Die amtliche Statistik hat daher, unter Berücksichtigung der Entwicklung der letzten Jahre, Vorausschätzungen durchgeführt, deren wichtigste Ergebnisse kurz skizziert werden sollen. Zugrunde gelegt werden im folgenden die Ergebnisse der sogenannten zweiten Variante, bei der angenommen wurde, daß die Sterbeziffern für 1970/71 konstant bleiben, die altersspezifische Fruchtbarkeit von 1972 sich bis 1975 um 9% reduziert und von dann ab konstant bleibt. Mit dieser Annahme wird die künftige Geburtenentwicklung sehr negativ beurteilt, es spricht einiges dafür, daß die Geburtenzahl auf längere Dauer nicht ganz so niedrig liegen wird.

Für einige wichtige Bevölkerungsgruppen ist, unter diesen Annahmen, die Entwicklung 1972 bis zum Jahre 2000 aus folgenden Zahlen ersichtlich:

Entwicklung der wichtigsten Bevölkerungsgruppen und der „Belastungsquoten“ 1972 bis 2000 in Prozenten					
Bevölkerungsgruppe	1. 1. 1972	1. 1. 1980	1. 1. 1985	1. 1. 1990	1. 1. 2000
Anteil der ... an der Gesamtbevölkerung					
unter 6jährigen	8,8	6,2	6,5	6,9	6,2
unter 20jährigen	29,6	27,2	24,6	22,4	22,3
65jährigen und älteren					
Männer	5,2	5,5	4,7	4,8	5,8
60jährigen und älteren					
Frauen	11,8	11,8	12,2	12,2	12,6
20- bis unter 65jährigen					
Männer	27,4	28,6	30,9	32,3	31,8
20- bis unter 60jährigen					
Frauen	26,0	27,0	27,5	28,4	27,5
Anteil der 15- bis unter 45jährigen Frauen an den Frauen insgesamt	38,1	40,9	41,6	40,7	39,8
„Belastungsquote“					
Anteil der unter 20jährigen an den Männern im Alter von 20 bis unter 65 Jahren und den Frauen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren	55,5	48,9	42,0	36,9	37,6
Anteil der 65 Jahre alten und älteren Männer und der 60 Jahre alten und älteren Frauen an den Männern im Alter von 20 bis unter 65 Jahren und den Frauen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren	31,8	31,2	29,1	27,9	30,9
„Gesamtbelastungsquote“	87,3	80,1	71,1	64,8	68,5

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen sinkt, der der älteren Menschen steigt an. Eine prozentuale Zunahme weisen die Altersgruppen auf, die im erwerbsfähigen Alter stehen wie auch die Frauen im Alter der Gebärfähigkeit. Sozialpolitisch und wirtschaftlich entscheidend sind die „Belastungsquoten“. Die Quote der „Belastung“, die durch Kinder und Jugendliche verursacht wird, nimmt infolge des Geburtenrückgangs stark ab, die Quote der „Belastung“ durch ältere Menschen vermindert sich in den nächsten drei Jahrzehnten ebenfalls, wenn auch geringfügig. Die „Gesamtbelastungsquote“ sinkt deutlich ab.

Daraus lassen sich thesenartig einige Schlußfolgerungen ziehen: Es gibt bisher keine Untersuchung, die den Nachweis bringt, daß die Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum ein ständiges Bevölkerungswachstum sei. Selbstverständlich ist in einigen Bereichen der Wirtschaft, die abhängig sind vom Konsum bestimmter Altersschichten, eine Umstellung und Anpassung erforderlich. Andere als demographische Faktoren sind aber für solche Anpassungsprozesse von weit größerer Bedeutung,

es sei nur an Veränderungen der Konsumgewohnheiten, an Mode, an technische Entwicklung, an die Technisierung der Haushalte erinnert. Die Veränderungen im Bereich der erwerbsfähigen Bevölkerung sind mittelfristig geringfügig. Auf dem Arbeitsmarkt können nichtdemographische Faktoren von weit größerem Einfluß sein, z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit, die Flexibilität der Altersgrenze, die längere Ausbildung und damit die Senkung der Erwerbsquoten bei Jugendlichen. Schließlich gibt es bei einem Rückgang der Erwerbstätigen andere Alternativen: die weitere Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte (in der Vorausschätzung wurden nur die 1972 in der BRD lebenden Ausländer, aber keine zusätzlichen Wanderungen berücksichtigt) oder die Substitution von Arbeitskraft durch höhere Kapitalausstattung des Arbeitsplatzes, also Investition. Die prozentuale Entwicklung zeigt auch, wie ein Unsinn es ist, von einer Überalterung oder Vergreisung der deutschen Bevölkerung zu sprechen. Der vielbeschworene „Rentenberg“ besteht in einer Zunahme älterer Menschen, die im ungünstigsten Fall noch 1% unterschreitet. In diesem Zusammenhang sollte man sich auch die Frage stellen, ob eine Volkswirtschaft, die mit einem jährlichen Wachstum des Sozialprodukts von 3 bis 5% rechnet, in einigen Jahrzehnten nicht in der Lage sein sollte, ein leicht anwachsende Zahl älterer Menschen zu unterhalten und die notwendigen Einrichtungen dafür zu schaffen. Auch hier können nichtdemographische Faktoren, wie die Einführung einer flexiblen Altersgrenze, stärkere Auswirkungen haben. Unter der erwähnten Annahme wird sich die Bevölkerung der Bundesrepublik (einschließlich der Ausländer) von 61,5 Mill. im Jahre 1972 auf rd. 57 Mill. im Jahre 2000, also um 4,5 Mill. oder 7% vermindern. Wir hätten in 28 Jahren dann wieder eine Bevölkerungszahl, die genau derjenigen des Jahres 1962 entspricht.

Ist ein langfristiger Rückgang der Bevölkerung in diesem Ausmaß wirklich als „nationale Katastrophe“ zu betrachten, ist es nicht eher eine Chance, mit den uns bedrängenden Sozial- und Umweltproblemen leichter fertig werden zu können? Die Vorstellung, daß eine große Zahl von Menschen Macht und Reichtum sei, war in einer Agrargesellschaft bei extensiven Wirtschaftsmethoden vielleicht richtig. Heute ist sie antiquiert. Wachstumsideologien sollten im demographischen Bereich noch kritischer geprüft werden als im ökonomischen.

Man sollte sich auf wenige Grundtatsachen einigen können: Das Bevölkerungswachstum hat auf lange Sicht eine obere Grenze, gleichgültig wie groß die gegenwärtige jährliche Wachstumsrate ist. Bevölkerungswachstum führt zu immer größerer Bevölkerungsdichte. Die Grenze der Bevölkerungsdichte, die zweckmäßig oder wünschenswert oder noch erträglich ist, hängt ab vom Lebensstandard, vom Lebensstil, vom Klima, von der Mentalität der Menschen, von ihrer Fähigkeit und ihrem Willen, eine wachsende Verdichtung hinzunehmen. Der Mensch braucht, um sich persönlich entfalten zu können, ein Mindestmaß freien, individuell gestaltbaren Raumes. Dabei gibt es Toleranzgrenzen, die, wenn sie überschritten werden, zu Schädigungen und Verhaltensstörungen führen. Zwischen der Dichte des Zusammenlebens und dem Maß an Aggressivität bestehen unmittelbare Zusammenhänge. Die Grenze des Bevölkerungswachstums ist somit gesellschaftlich und nicht ökonomisch bedingt. Selbstverständlich muß die Entscheidung über die Zahl der Kinder, als ein Grundrecht, den Eltern überlassen bleiben. Ebenso selbstverständlich sollte aber auch bewußt gemacht

werden, welche Verantwortung Eltern mit dieser Entscheidung nicht nur für ihre Kinder, sondern auch für die künftige Generation übernehmen. Es könnte die große Leistung der Menschen in den nächsten Jahrzehnten sein — und nicht nur in Europa —, sich der Verantwortung für ihre zahlenmäßige Entwicklung bewußt zu werden, die Verminderung des Bevölkerungswachstums als ein ernsthaftes und notwendiges Ziel zu erkennen und damit zu beginnen, ihre Lebensverhältnisse mit dem begrenzten Raum in Einklang zu bringen. Das würde zwar noch nicht die vielzitierte Lebensqualität verbessern, wäre aber eine der Voraussetzungen dafür.

¹ Das Material einer Mikrozensus-Erhebung von 1962 wurde von K. Schwarz analysiert: „Die Kinderzahlen in den Ehen nach Bevölkerungsgruppen“, *Wirtschaft und Statistik*, Heft 2, 1964, S. 71 ff. Eine neuere Untersuchung für die Bundesrepublik ist in Vorbereitung.

Josef Rief

Fragen aus der Sicht der Sozialethik

Trotz der Feststellung Schubnells, die Verminderung des Bevölkerungswachstums könnte die große Leistung der Menschen für die nächsten Jahrzehnte sein, ist fraglich, ob diese Perspektive zu den „Grundtatsachen“ gehört, auf die sich alle Gesprächspartner einigen können. Für die Entwicklungsländer trifft Schubnells Feststellung sicher zu, der Umweltstreß in den Industrieländern rührt aber wohl kaum von der Überbevölkerung, sondern vom Grad gesellschaftlicher Verdichtung her. Schubnell selbst gibt das zu erkennen, wenn er auf Aggressionsstauungen infolge gesellschaftlicher Verdichtung hinweist. Doch nicht dieser Gesichtspunkt steht im Mittelpunkt der folgenden Anfragen des Sozialethikers, sondern die Frage, ob mit dem Bevölkerungsrückgang und dem Zug zur Kleinstfamilie sich nicht auch die Struktur und damit die Leistungsfähigkeit der Familie so wandelt, daß die Familie als Träger elementarer sozialer, kultureller und pädagogischer Aufgaben weitgehend ausfällt.

In ihrer Ausgabe vom 1. Dezember 1972 hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ über eine Tagung der Katholischen Akademie Bayerns in Regensburg berichtet, auf der das Thema Geburtenrückgang zur Diskussion gestellt war. Obwohl in diesem Bericht von der Atmosphäre, die auf der Tagung geherrscht hat, nicht ausdrücklich die Rede ist, kommt diese gleichwohl in der Überschrift mit einer Präzision ohnegleichen zum Ausdruck. Die Überschrift lautete: „Vom Aussterben keine Rede.“ Tatsächlich waren die mit dem Thema „Geburtenrückgang“ aufgeworfenen Fragen für den überwiegenden Teil derer, die sich zu der Tagung eingefunden hatten, im wesentlichen bereits durch den Nachweis der Statistiker beantwortet, daß die Deutschen — wie die FAZ formuliert — vorläufig nicht aussterben werden. Für eine Gesellschaft, die ihr Geschick nach allen Seiten hin in Freiheit und Ver-

antwortung selbst zu bestimmen entschlossen ist, hat es zweifellos große Bedeutung, dieses zu wissen. Allein das Thema „Geburtenrückgang“ weist noch andere Aspekte auf, die deswegen, weil sie für den Statistiker nicht zur Sache gehören und deswegen auch in Regensburg kaum zur Sprache kamen, für die Gesellschaft nicht weniger bedeutungsvoll zu sein brauchen: Gemeint sind die Aspekte, auf die namens der Sozialethik aufmerksam gemacht werden muß.

Vom Marktprinzip beherrscht

Das Wort „Geburtenrückgang“ hat herkömmlicherweise etwas Alarmierendes an sich. Unter den Händen des Bevölkerungsstatistikers aber nimmt der als Geburtenrückgang bezeichnete Sachverhalt die Gestalt des Selbstverständlichen an. Das Wort, das den Geburtenrückgang als etwas ganz Natürliches und geradezu Notwendiges erscheinen läßt und für viele aufklärend und beruhigend wirkt, heißt „generatives Verhalten“.

Insbesondere die Forschungen des im Jahre 1955 verstorbenen *Gerhard Mackenroth* haben zur Erkenntnis geführt, daß das generative Verhalten der Menschen aus einzelnen isolierten Faktoren nicht erklärt werden kann. Während die seit dem 18. Jahrhundert in rascher Folge entstandenen und einander verdrängenden Bevölkerungstheorien das generative Verhalten auf eine einzige Ursache zurückführen und damit ein allgemeines Gesetz formulieren wollten, hat Mackenroth nachgewiesen, daß Heiraten, Kinderzeugung und Kinderaufzucht vom sozialen Dasein des Menschen und von seiner sozialen Lebensform, also vom jeweiligen Sozialsystem, in das er eingefügt ist, nicht zu trennen sind. „Alle generativen Verhaltensweisen bilden ein in sich gefügtes Ganzes, haben eine Gestalt.“¹ Wenn man demnach über das Wachsen oder Abnehmen von Bevölkerungszahlen eine Aussage machen will, die einen Wissensfortschritt darstellt, muß man die Struktur des generativen Verhaltens begriffen haben.

Auf die gegenwärtige Situation etwa der Bundesrepublik Deutschland angewendet, bedeutet diese Erkenntnis, daß der allgemein feststellbare Geburtenrückgang jene Bewegung darstellt, mit der sich das durch die vorindustrielle Epoche bestimmte generative Verhalten nach und nach auf die soziale Lebensform des Industriezeitalters einpendelt und den Prinzipien des Marktes folgt. Die Großfamilie, für die das Haus Mittelpunkt ist, weicht der sogenannten Gattenfamilie, die im Normalfall nicht mehr als zwei Kinder aufweist und nur noch insofern eine Mitte hat, als die Gemeinschaft der Ehegatten besteht und funktionstüchtig ist.

Die soziale Lebensform des Industriezeitalters nötigt die Ehegatten, die ihren Kindern in diesem Sozialsystem zu einem angemessenen Dasein verhelfen und zugleich ihrer

Verantwortung für die nächste Generation gerecht werden wollen, die Zahl der Kinder, die aus ihrer Ehe hervorgehen sollen, zu beschränken und zugleich den Zeitpunkt zu bestimmen, zu dem diese Kinder geboren werden sollen. Das Industriezeitalter mit seinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zwängen nötigt die verantwortlichen Ehegatten zur Familienplanung. Diese Verantwortung betrachten die Ehegatten als ihre ureigene Angelegenheit. Jeden Versuch, ihr generatives Verhalten — aus welchen Gründen auch immer — von außen her zu normieren oder zu manipulieren, werten sie als unrechtmäßigen Eingriff in ihren Freiheitsraum. Mit Recht! Die Entscheidung über die Zahl der Kinder fällt ursprünglich und unveräußerlich in die Kompetenz derer, die als Ehegatten die Kinder zeugen. Zum andern wird niemand bestreiten, daß die durch die Begrenzung der Kinderzahl erreichbare Verminderung des Bevölkerungswachstums in der gegenwärtigen Situation zur Entlastung des Zusammenlebens beitragen kann. Denn „zwischen der Dichte des Zusammenlebens und dem Maß der Aggressivität bestehen unmittelbare Zusammenhänge“ (Hermann Schubnell). Zumal kinderreiche Familien in Mietwohnungen müssen gegenwärtig in dieser Hinsicht bittere Erfahrungen machen. So scheint das dem *Marktprinzip folgende generative Verhalten* tatsächlich in die Zukunft zu weisen. Aber was ist nun eigentlich das in die Zukunft Weisende? Das Marktprinzip oder die Familie?

Die Chancen der Familie

Der Markt hat die Struktur des Kreislaufs. „Ein Kreislauf aber hat keine Mitte“, schreibt *Hans Freyer* im Blick auf den als Kreislauf gedachten und gewollten Markt des Liberalismus. Der Kreislauf „hat nur lauter Durchgangspunkte und einige Schlüsselpunkte. Die Mächte der neuen Art (die Manager und die staatliche Verwaltung) besetzen die Schlüsselpunkte des Kreislaufs, um ihn als ganzen (oder große Strecken von ihm) unter ihren Einfluß zu nehmen. Daher ihre Unruhe, ihr technisches Raffinement, ihre Bedenkenlosigkeit im Zugriff, ihr Zug zum Totalitären“² (*Vance Packard* spricht von den geheimen Verführern³).

Für die primären Ordnungen oder Systeme, zu denen in erster Linie die Familie zu zählen ist, kann in einem von der Kreislaufstruktur des Marktes bestimmten Sozialsystem kein adäquater Platz gefunden werden. Für die Familie ist deswegen kein Platz, weil sie ob ihrer Sozialstruktur mit der marktbestimmten Struktur der Industriegesellschaft nichts gemein hat; man hat sie darum auch schon als marktfremden Faktor bezeichnet. *Carl C. Zimmermann* wertet die Familie, die sich als unabhängige Kernfamilie bis in die Gegenwart erhalten hat, lediglich noch als „Begleiterscheinung sterbender Kulturen“⁴. Und *Pitirim A. Sorokin* hat 1962 die Meinung geäußert, daß die „wichtigste gesellschaftlich-kulturelle Funktion der

Familie immer mehr in den Hintergrund treten wird, bis die Familie die Form einer wilden Ehe angenommen hat und das Heim zu einem Nachparkplatz für vornehmlich geschlechtliche Beziehungen herabgesunken ist“⁵.

Gewiß, diese düsteren *Prognosen* sind nicht unwidersprochen hingenommen worden. Neuerdings beginnt sich die Meinung durchzusetzen, daß die Familie unausrottbar ist und daß man deswegen für sie nicht zu fürchten brauche. *Helmut Schelsky* konnte im Blick auf die Bundesrepublik Deutschland sogar den Nachweis erbringen, daß sich die in den Jahren von 1933 bis 1945 bedrohte, mißbrauchte und dezimierte Familie gerade in der Zeit nach 1945 — also in der Epoche schwerster Krisen und tiefster Erschütterungen — „als die einzig wirksame Stabilisierungs- und Wiederbelebungsgruppe überhaupt“⁶ bewährt hat. Auch kann niemand darüber hinwegsehen, daß die Familie im Bewußtsein der Menschen immer noch einen hohen Wert darstellt.

Gleichwohl bleibt die Frage bestehen, welche Chance zumal die *Kleinstfamilie* in der industriellen Welt auf die Dauer haben wird; sie bleibt deswegen bestehen, weil die Kleinstfamilie ihr Weiterleben in der vom Markt bestimmten Industriekultur mit einem Höchstmaß an Funktionsverlust erkaufen muß und weil darüber hinaus die Glieder der Familie fortwährend vor die Wahl zwischen ihrem von der Gesellschaft gewährten individuellen Glück und dem Glück der Familiengemeinschaft gestellt sind. Der viel beklagte Funktionsverlust bedeutet immer auch Ablenkung der Familienglieder nach außen. Die Tatsache, daß die Ehegatten in der BRD sich zunächst im Durchschnitt 2,5 Kinder wünschen und daß nach der ersten Geburt die Wunschzahl auf 1,8 sinkt, hat sicherlich nicht nur wirtschaftliche Gründe. Im *marktbestimmten Sozialsystem* rangiert die Familie nicht als primäres Zielgut. Wer sich in der Gegenwart für die Ehe entscheidet, hat sich damit noch nicht für die Familie entschieden. Die Entscheidung für die Ehe bringt durchaus gesteigerte wirtschaftliche Möglichkeiten mit sich, nicht aber die Entscheidung für die Familie, d. h. für die Geburt eines Kindes.

Trennung von Familie und Ehe

Die Tatsache, daß sich für den verheirateten Mann durch die Berufstätigkeit der Frau neue wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen, während die Gründung einer Familie im Sozialsystem der Industriekultur sich als *Engpaß* darstellt, und zwar vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, hat sich längst auch im allgemeinen Bewußtsein niedergeschlagen. Ehe und Familie treten mehr und mehr auseinander. Hinzu kommt die Emanzipation der Geschlechtsliebe von der Ehe. „Die sexuellen Beziehungen lassen sich heute beschreiben als ihre Vergesellschaftung auf Grund der Selbstnormierung der Gesellschaft.“⁷ Geschlechtsliebe, Ehe und Familie gehören nicht mehr selbstverständlicherweise zusammen. Obgleich der Beginn einer

Ehe an sich nichts mit der Gründung einer Familie zu tun hat, weil zur Familie außer den Ehegatten mindestens noch ein Kind gehört, so waren doch Ehe und Familie in der Wirklichkeit normalerweise nie voneinander getrennt: Wer eine Ehe geschlossen hat, hat sie geschlossen im Blick auf die Familie. In der Familie fanden nicht nur die Kinder, die aus der Ehe hervorgingen, ihren Stand, sondern auch die Ehegatten. Dieses Verständnis von Ehe und Familie kann in der Gegenwart nicht mehr vorausgesetzt werden. „Die moderne Individualkultur hat sich . . . ein ausgesprochenes individualistisches Eheideal geschaffen. Dies muß aber unvermeidlich in einen gewissen Gegensatz zur Familie rücken.“⁸

Das Auseinandertreten von Ehe und Familie ist durchaus auch bereits statistisch erfaßbar: Im Zeitraum von 1964 bis 1971 „wurde die Familienbildung verzögert, das heißt, die Geburt des ersten Kindes erfolgte 1971, wenn auch geringfügig, nach etwas längerer Dauer der Ehe als 1964 . . .“ (Hermann Schubnell). Charakteristisch ist die zunehmende Emanzipation der Ehe von der Familie insbesondere für die moderne Großstadtkultur.

Man kann diesen Trend unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachten. Man kann mit René König dafür plädieren, daß man den tiefen Unterschied zwischen Familie und Ehe erkennt und bewußtmacht, um dadurch zu verhindern, „daß der überspitzte individualistische Geist der Moderne, wie er sich unter anderem auch in ihrem Eheideal ausspricht, in die Familie eindringt, wo er nur negative Wirkungen erzielen kann“⁹. Man kann aber auch die Frage stellen, ob Ehegatten, die über die emanzipierte Geschlechtsliebe und über die für alle modischen Strömungen anfällige Ehe den Weg zur Familie finden müssen, die Kräfte in die Familie einbringen werden, die ohne weiteres über eine egoistische Familienplanung hinausführen. Man muß so fragen, weil nach dem übereinstimmenden Urteil der Fachleute eine intakte Familie mehr denn je not tut — im Interesse der zweiten Geburt des Menschen.

Die Familie und die zweite Geburt des Menschen

„. . . Zeugung und Aufzucht der Nachkommenschaft ist bei der Menschenfamilie nicht das Ganze, wie man allein daraus ersehen kann, daß beides prinzipiell auch außerhalb der Familie möglich ist. Wohl aber bildet die Familiengruppe die erste Stufe, auf der sich der Aufbau der sozial-kulturellen Persönlichkeit des Menschen vollzieht.“¹⁰ Das spezifische Werk der Familie ist die Entfaltung des Menschen zum sittlichen Wesen, zur Persönlichkeit. Gegenüber der bloß physischen Existenz ist die sittliche Existenz so sehr etwas Neues, daß man die Entfaltung des Menschen zum sittlichen Wesen nicht mit Unrecht als zweite Geburt bezeichnet hat. Sie wird bewirkt durch

die der Familie eigene Gruppensolidarität, die die Glieder der Familie in den letzten Tiefen ihres Menschseins beansprucht und dadurch formt.

Es gibt keinen Grund, diese *Familiensolidarität*, die *Helmut Schelsky* eindrucksvoll aufgewiesen hat¹¹, in ihrer Bedeutung für das Werden des Menschen zur *sittlichen Persönlichkeit* abzuschwächen. Wohl aber muß bezweifelt werden, daß die bis in die letzten Tiefen des Menschseins hinabreichende Familiensolidarität durch die zunehmende Desintegration der Familie nicht beeinträchtigt wird. Als besonders desintegrierend muß die fortschreitende Einbeziehung der Frau in die moderne Arbeitswelt angesehen werden. Negative Auswirkungen auf die Familiensolidarität sind von der Berufstätigkeit der Frau vor allem deswegen zu erwarten, weil das dem Marktprinzip folgende generative Verhalten der Ehegatten einerseits zu einer konsequenten Begrenzung der Kinderzahl führt, andererseits aber diese sehr begrenzte Kinderzahl den Frauen die Möglichkeit eröffnet, sich neben den familiären Aufgaben noch einer Aufgabe außerhalb der Familie zuzuwenden und berufstätig zu sein. Mit anderen Worten: Durch die Berufstätigkeit der verheirateten Frau wird die Familie schutzlos dem Marktprinzip ausgeliefert.

Zunächst ist auf die physische Mehrbelastung der Frau hinzuweisen. Man darf nicht erwarten, daß sie der Eigenart der Familie, die als primäres System den ganzen Menschen beansprucht, förderlich ist. Mehr Beachtung freilich verdient die *Konkurrenz der Ethosformen*, der die Frau im Beruf ausgesetzt ist. Zum Verständnis dessen, was damit gemeint ist, muß von der Erkenntnis ausgegangen werden, daß alle Ethosformen der praktischen Geltung des Prinzips der Gegenseitigkeit unterworfen sind, wie *A. Vierkandt* einsichtig gemacht hat¹². Das bedeutet: Sobald sich herausstellt, daß die verheiratete Frau, die im Dienst an ihrer Familie aufgeht, gegenüber der verheirateten Frau, die ganz im Berufsleben steht, gesellschaftlich ins Hintertreffen gerät, verliert notwendig auch das Familienethos an Anziehungs- und Überzeugungskraft — in der Gruppe der verheirateten Frauen sowohl als auch in der gesamten Gesellschaft. Das Familienethos mit dem ihm eigenen Interesse am Menschen und seiner Entfaltung weicht dem Ethos der Leistung. Gemäß diesem Ethos entscheidet nicht der Dienst am Leben über das gesellschaftliche Prestige der Frau, sondern ihre Tüchtigkeit in dem vom Marktprinzip geprägten Sozialsystem. Wie insbesondere die Diskussion um den § 218 StGB gezeigt hat, ist das Interesse auch der verheirateten Frauen an dem durch Berufstätigkeit erreichbaren Prestige bereits so ausgeprägt, daß es als Argument gegen die Beibehaltung der geltenden Abtreibungsverbote ins Feld geführt werden konnte.

Zeitlich gesehen, wird der Dienst am Leben im Dasein der berufstätigen Frau notwendig zur bloßen Episode; zufolge dem allgemeinen Bewußtsein wird er vom Wesen der Frau genauso getrennt, wie die Ehe von der Familie

losgelöst wird. Wer von der Frau noch erwartet, daß sie Mutter wird, ergeht sich in Vorstellungen, die aus einer vergangenen Epoche stammen, und mutet ihr etwas zu, was ihr unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr selbstverständlicherweise zugemutet werden darf. Denn „jede Zeit“, so schrieb vor nicht allzu langer Zeit *Liselotte Funke*, „hat ihre Gegebenheiten. Die unsrige ist anders als alle früheren gekennzeichnet von der Isolierung des Menschen, von seiner wachsenden Anonymität, einer Gesellschaft, die von Kindern nichts wissen will, von Rationalität, Leistungsdruck und wachsenden Erkenntnissen der Kleinkindforschung. Dies alles ist vor einer Frau aufgetürmt, wenn sie ein Kind erwartet.“¹³ Unter der Last solcher Sorgen habe die Frau im Lauf der Diskussion um den Abtreibungsparagrafen zu dem Slogan „Mein Bauch gehört mir“ ihre Zuflucht genommen. „Wenn Frauen“, so interpretieren *Walter* und *Ruth-Eva Schulz*, „sich heutzutage so ausdrücken müssen, als ob sie über ihren Bauch entscheiden wollen, so ist das eine Reduktion aller Konditionen des Lebens auf den Mutterleib, in der sich bereits die katastrophale Verlassenheit vieler werdender Mütter rückspiegelt“¹⁴.

An eben diese werdenden Mütter richtet sich nun aber vor allem der Anspruch, sich um der Familiensolidarität willen in den letzten Tiefen ihres Menschseins zu engagieren. Zwar obliegt die Elementargestaltung des Menschen zur sozial-kulturellen Persönlichkeit der ganzen Familie, aber der überwiegende Teil dieser Aufgabe fällt doch der Mutter zu, wenn es richtig ist, daß „in der frühen Kindheit Lebensvertrauen und innere Sicherheit“¹⁵ gestiftet werden müssen, wenn sie überhaupt eingeübt werden können. Es drängt sich der Gedanke auf, daß die Frau, die um ihrer Identität willen beruflich etwas zu leisten sich genötigt sieht, durch das, was die zweite Geburt des Menschen von ihr fordert, überfordert ist.

Das geschrumpfte Erfahrungsfeld der Kleinfamilie

Um die Belastung der Frau in verantwortlichen Grenzen zu halten, werden ihr im Normalfall nur zwei Kinder zugemutet, aber diese begriffliche Maßnahme geht zu Lasten der Leistungsfähigkeit der Familie als jener Gruppe, der primär die Entfaltung des Menschen zur sozial-kulturellen Persönlichkeit aufgetragen ist. „Wo mehr Personen in einer Familiengruppe zusammenleben, da vervielfachen und verdichten sich die Beziehungen. Zugleich ist auch der materielle Aufwand im Haushalt ein größerer, so daß sich die Festigkeit der Gruppe durch die Festigkeit des Betriebes verdoppelt, der zu ihrer Erhaltung notwendig ist. Schließlich bauen sich Familientraditionen auf mit gemeinsamem Erinnerungsschatz, gemeinsamen Gewohnheiten, gemeinsamen Wertvorstellungen und gemeinsamen Sprechweisen, . . . die allesamt zur Verfestigung der Gruppe beitragen. Und von dieser Festigung wird dann

auch der einzelne profitieren, indem ihm aus dem Gruppenleben der Familie Verhaltensregeln zuwachsen, die ihm die Orientierung selbst in schwierigen Situationen erleichtern.“¹⁶

Selbstverständlich kann der Hinweis auf diese soziologische Einsicht nicht bedeuten, daß die Möglichkeiten der Familie auf die Elementargestaltung des Menschen zur sittlichen Persönlichkeit in Quantitäten angebbare sind, aber es darf doch auch nicht der Vorstellung Raum gegeben werden, als ob die Qualität der Familiensolidarität von der Größe der Familie gänzlich unabhängig wäre. Die Größe der Familie wird nur dann bedeutungslos, wenn man die Entfaltung des Menschen zum sittlichen Wesen auch ohne Erfahrung von Krankheit, Schuld, Leid, Sorge, Entfremdung, Enttäuschung und Tod für möglich hält. In der Kleinstfamilie sind solchen notwendigen Erfahrungen nicht nur insofern Grenzen gesetzt, als sich mit der geringen Zahl der Familienglieder auch die realen Möglichkeiten, die Brüchigkeit menschlicher Existenz zu erfahren, verringern, sondern auch insofern, als nur ganz wenige menschliche Reaktions- und Verhaltensweisen in das Ganze der Familiensolidarität integriert zu werden brauchen, was gewiß nicht zu ihrer Festigung beiträgt. Ob dieser Mangel durch den Vorgang der Enttinnerlichung des Familienlebens, wozu auch das Verschwinden der religiösen Atmosphäre zu zählen wäre¹⁷, ausgeglichen wird, muß angesichts der keineswegs im Abnehmen begriffenen Zahl derer, die durch die Familie nicht mehr reparable psychische und moralische Schädigungen erleiden, bezweifelt werden. Dazu kommt die unbestreitbare Tatsache, daß die durch das Marktprinzip erzwungene Kleinstfamilie die menschliche Lösung nicht weniger Probleme unmöglich macht. „Ein Beispiel dafür ist der ungeklärte Platz des alten Menschen in Familie und Gesellschaft.“¹⁸

Spärliche Bedingungen für eine anspruchsvolle Zukunft

Die These vom generativen Verhalten der Ehegatten im Industriezeitalter wird durch die Fragen der Sozialethik nicht erschüttert. Deswegen sind aber die Fragen der Sozialethik nicht ohne Berechtigung. Ihre Berechtigung leitet sich ab aus der Erkenntnis, daß das feststellbare generative Verhalten der Ehegatten — auch in der BRD — Symptom einer Bewegung ist, von der das ganze soziale System, in dem wir leben, betroffen ist, vor allem die Familie. Aber nicht diese Bewegung als solche ist es, der die Sozialethik ihre Aufmerksamkeit zuwenden muß, sondern die Tatsache, daß diese Bewegung im Zeichen des totalitären Marktprinzips geschieht. Die soziologische Feststellung, daß das so ist, ist noch nicht die Rechtfertigung dafür, daß das so sein muß.

Es scheint, daß diese Tatsache zu wenig Beachtung findet, sonst würde man wohl dem Marktprinzip nicht einfach

nur die isolierte, weil gesellschaftlich desintegrierte, Person entgegensetzen und im übrigen hoffen, daß unter dem Einfluß des individualistischen Prinzips aus der Ehe, die bisher als „gesetzlich geregelte Vereinigung der Ehegatten zum Zweck der Kinderzeugung und Kinderaufzucht“ verstanden wurde, eine „zwischen selbstverantwortlichen Personen *wirkliche* Gemeinschaft“ entstehen würde, der, weil „auf den Selbstwert der Person im Sinne des Christentums“ begründet, „alle Einrichtungen der Ehe wie auch der Familie dienstbar gemacht werden“. Was berechtigt eigentlich zu dieser Hoffnung? Man muß diese Frage deswegen stellen, weil die Bedingungen für diese ganz und gar sittliche Gemeinschaft doch recht spärlich sind. Ist es noch realistisch, das Entstehen dieser sittlichen Gemeinschaft, die „den Menschen voll und ganz umfaßt“, „von den biologischen Funktionen über die seelischen Tiefenstrukturen . . . bis in die höchsten geistigen Ordnungen“ reicht, „im strengen Sinn eine Gemeinschaft des ganzen Lebens ist“ und „sich vor allem als ‚einträchtiges Zusammenwirken‘ mit gegenseitiger Treue und Beistandspflicht ausdrückt“¹⁹, von der Wirksamkeit des individualistischen Prinzips und vom Gesetz des Marktes zu erwarten, nachdem doch Individualismus und Markt die sekundären Systeme fördern?

Die Familie der Zukunft, wie René König sie beschreibt und wie sie allenthalben für notwendig erachtet wird, bedarf zu ihrer Entstehung und Existenz 1. eines *Sinnhorizontes*, in dem die Entfaltung des Menschen zur sittlichen Persönlichkeit als sittliche Grundforderung plausibel wird, und 2. eines *Sozialsystems mit subsidiärer Struktur*, das familienpolitische Maßnahmen nach Maßgabe des Subsidiaritätsprinzips vorsieht und ermöglicht. Diese Forderungen sind nicht im Namen des Geburtenrückgangs zu erheben, sondern im Namen des Menschen, der nicht so sehr den Sachzwängen des Marktgeschehens ausgeliefert werden darf, daß ihm als Raum für die Entfaltung seiner selbst zur sozial-kulturellen Persönlichkeit nur noch die Kleinstfamilie zur Verfügung steht und verantwortlich erscheint.

¹ G. Mackenroth, Bevölkerungslehre, in: Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde. Düsseldorf - Köln 1964, 71.

² Theorie des gegenwärtigen Zeitalters. Stuttgart 1967, 115 f.

³ Vgl. Die geheimen Verführer. Der Griff nach dem Unbewußten in jedermann. Frankfurt - Berlin - Wien 1971. ⁴ Family and Civilization. London 1947. ⁵ Zit. nach P. Juwiler, Art. Familie, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft II 394. ⁶ Ebd. 398.

⁷ K. Dörner, Sexuelle Partnerschaft in der Industriegesellschaft, in: Die Sexualität des Menschen. Handbuch der medizinischen Sexualforschung. Stuttgart 1971, 174. ⁸ René König, Soziologie der Familie, in: Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde. Düsseldorf - Köln 1964, 125. ⁹ René König, a. a. O. 126. ¹⁰ René König, a. a. O. 145. ¹¹ Siehe H. Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Stuttgart 1955.

¹² Vgl. Werner Schöllgen, Art. Grenzmoral, in: StL⁶ III 1016.

¹³ Die Möglichkeiten einer rechtlichen Regelung, in: Das Abtreibungsverbot des § 218 StGB. Eine Vorschrift, die mehr schadet als nützt. Neuwied und Berlin 1971, 145 f. ¹⁴ Ebd. 158. ¹⁵ Liselotte Nold, Die Stellung der Familie in der heutigen Gesellschaft, in: Das neue Bild der Ehe. München 1969, 119. ¹⁶ René König, a. a. O. 149.

¹⁷ Vgl. H. Schelsky, a. a. O. 266 ff. ¹⁸ Liselotte Nold, a. a. O. 119.

¹⁹ René König, a. a. O. 141.